



Einzureichen an: _____

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Strukturwandel und
Regionalentwicklung
Domplatz 12
39104 Magdeburg



Ich/ Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm

Sachsen-Anhalt REGIO

gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Regionalentwicklung in Sachsen-Anhalt

1. ANGABEN DER/ DES ANTRAGSTELLENDEN

- Landkreis, kreisfreie Stadt, Verbandsgemeinde, Gemeinde, Gemeindeverband oder kommunaler Zweckverband
- Verein/Verband (e.V.) öffentlich-rechtliche oder gemeinnützige privatrechtliche Stiftung
- gemeinnützige GmbH staatlich anerkannte Glaubens- oder Religionsgemeinschaft
- öffentliches Unternehmen

Allgemeine Angaben

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)	Gründungsdatum*
---	-----------------

Bitte tragen Sie den Namen gemäß Ihres gesellschaftsrechtlichen Dokumentes ein (z.B. Handelsregisterauszug, Gesellschaftervertrag, Zulassung bei Ärzten).

Straße, Hausnummer		Vorwahl/Rufnummer	
PLZ	Ort	ggf. Ortsteil	
Branche/Tätigkeitsbereich*		Landkreis/ Kreisfreie Stadt	

*nicht anzugeben bei Kommunen

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)	Vorwahl/Rufnummer
E-Mail	
Handels-/Vereinsregister-Nr. (falls vorhanden)	Registergericht (falls vorhanden)
Wirtschafts-Identifikationsnummer (§139c AO)	Umsatzsteuer-ID/ Steuernummer

Hinweis: Bitte geben Sie uns eine Ihrer steuerlichen Identifikationsnummern an für eine eindeutige Zuordnung.

Vorsteuerabzugsberechtigt? Ja Nein teilweise mit %

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Ort des Vorhabens (Für welchen Ort/ Welche Region soll das Projekt Anwendung finden?)

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

2.2 Vorhabensbezeichnung

Titel des Vorhabens

Handelt es sich um ein länderübergreifendes Projekt?

Ja

Nein

Wenn ja, bitte nachfolgend kurz erläutern:

2.3 Ziel des Vorhabens (Maßnahmen gemäß Ziffer 2 der Richtlinie)

Vorhaben zur regionalen Entwicklung, die die Zusammenarbeit von Gemeinden zur Stärkung teilsräumlicher Entwicklungen (Interkommunale Zusammenarbeit) im Sinne von § 14 des Raumordnungsgesetzes vom 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.03.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88), unterstützen.

Umsetzung regionaler Entwicklungskonzepte und der Zusammenarbeit von Kommunen, insbesondere:

- Analyse und Konzepterstellung
- Modellvorhaben der Raumordnung, die den überregionalen Kooperations-, Handlungs- und Entwicklungsprozess besonders beispielhaft fördern
- Vorhaben zur nachhaltigen Raumnutzung im Zusammenhang mit der Entwicklung und Gestaltung von gewachsenen und neu gestalteten Kulturlandschaften, insbesondere Kulturlandschaftskonzepten
- Standortuntersuchungen, Machbarkeitsstudien und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, insbesondere zur Nutzung von Flächenpotentialen oder Einzelhandelskonzepten
- Anpassungskonzepte regionaler technischer Infrastruktur, insbesondere Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung und gesamträumliche Konzepte für Photovoltaik
- Aufbau und Stabilisierung eines regionaltypisch ausgeprägten Tourismus im Zusammenhang mit Naherholung, Naturerlebnis, Kultur, Bildung oder Sozialfürsorge
- Regionales Standortmarketing

Vorhaben zur Darstellung, Bündelung, Kombination und Nutzung raumbezogener Informationen, insbesondere:

- Anpassung von Bestandsplanungsunterlagen und -daten
- kommunale Datenerhebung, -aufbereitung zur Übertragung an das Landesbrachflächenkataster

Leistungen zur Aufstellung, Änderung und Ergänzung von Flächennutzungsplänen, darunter für:

- Standortvorbereitung und -sicherung von Gewerbe und Industrie einschließlich dazugehöriger Infrastruktur
- Einsatz erneuerbarer Energien, Natur- und Umweltschutz
- Anpassung an den demographischen Wandel
- Berücksichtigung der geänderten Gebietsstrukturen

2.4 geplante zeitliche Dauer*

Beginn des Vorhabens geplantes Ende des Vorhabens

*Bitte beachten Sie Ziffer 7.2 der Richtlinie, wonach das Vorhaben eine maximale Laufzeit von 18 Monaten (bzw. bei Vorhaben nach Ziffer 2.2 der Richtlinie 24 Monaten) haben darf. In diesem Zeitraum haben Sie die in diesem Antrag dargestellten Maßnahmen durchzuführen und den Rechtsgrund (u. a. Auftragsvergabe, Abschluss von Verträgen) dafür zu schaffen. Innerhalb dieses Zeitraums müssen also auch alle Rechnungen für die zuzwendungsfähigen Ausgaben zwingend gelegt und bezahlt werden.

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

3.1 Geplante Ausgaben (in Euro)

Sachausgaben

davon für die Jahre

	Summe	20 <input type="text"/>	20 <input type="text"/>
Raummiete (über Projektzeitraum, sofern eine projektbezogene Anmietung erfolgt)	<input type="text"/>		
Mieten für technische Geräte* (über Projektzeitraum, sofern eine projektbezogene Anmietung erfolgt)	<input type="text"/>		
Veranstaltungskosten/Öffentlichkeitsarbeit	<input type="text"/>		
Versicherungen	<input type="text"/>		
Investive Ausgaben *	<input type="text"/>		
sonstige Sachausgaben *	<input type="text"/>		
Summe Sachausgaben	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Fremdleistungen

Honorarkosten	<input type="text"/>		
Dienstleistungen	<input type="text"/>		
Sonstige Fremdleistungen (bitte bezeichnen)			
<input type="text"/>	<input type="text"/>		
<input type="text"/>	<input type="text"/>		
Summe Fremdleistungen	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Hinweis: * Bitte gesondert aufschlüsseln.

Personalausgaben

davon für die Jahre

	Anzahl Stunden	Anzahl Stellen	Summe	20 <input type="text"/>	20 <input type="text"/>
Zusätzliches Personal * (nur projektbezogene Neueinstellung bzw. Weiterbeschäftigung von befristet angestelltem Personal)	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>		
Reise- und Dienstreiseausgaben gemäß Bundesreisekostengesetz (BRKG)			<input type="text"/>		
Summe Personalausgaben			<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Gesamtausgaben			<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Hinweis: * Bitte formlose Begründung beifügen!

3.2 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

	Summe	davon für die Jahre	
		20 <input type="text"/>	20 <input type="text"/>
Eigenmittel	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Beantragte Zuwendung	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Fremdmittel			
Weitere Fördermittel aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)			
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Sonstige Fremdmittel (bitte bezeichnen)			
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Summe der Finanzierungsmittel	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

5. ERKLÄRUNGEN DER/ DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/ Wir erkläre(n):

- a) Mir/ uns sind die geltenden Richtlinien „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Regionalentwicklung in Sachsen-Anhalt“ in der jeweils geltenden Fassung und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/ uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/ wir im Falle einer die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder – sofern einschlägig – die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-P / ANBest-Gk werden anerkannt.
- b) Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe(n) ich/ wir noch nicht begonnen und werde(n) auch nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides beginnen, es sei denn, ich /wir erhalten auf Antrag eine schriftliche Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabensbeginn. Mir/ uns ist bekannt, dass als Vorhabensbeginn grundsätzlich bereits der verbindliche Abschluss eines Lieferungs- oder Leistungsvertrages im Zusammenhang mit dem Vorhaben anzusehen ist.
- c) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert.
- d) Ich bin/ Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/ uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/ Wir verpflichte(n) mich/ uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- e) Ich/ Wir versichere/versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- f) Ich/ Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- g) Ich/ Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- h) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3.2 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- i) Ich/ Wir versichere/versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/ uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/ Unterlagen. Ich/ Wir verpflichte(n) mich/ uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- j) Mir/ Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/ Wir verpflichte(n) mich/ uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/ Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/ uns damit einverstanden.
- k) Ich/ Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/ wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- l) Mir/ Uns ist bekannt, dass die IB verpflichtet ist, den Finanzbehörden bestimmte Angaben zur Förderung, insbesondere die Höhe der ab 01.01.2024 gewährten Zahlungen, gemäß § 2 der Verordnung über Mitteilungen an die Finanzbehörden durch andere Behörden und Rundfunkanstalten (Mitteilungsverordnung) vom 07.09.1993 (BGBl. I S. 1554) in der jeweiligen Fassung, zu übermitteln.

- m) Ich/ Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses. Ja Nein
- n) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs:** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1., 2.1, 2.2, 2.3, 3.1, 3.2, und 5.a), 5.b), 5.c), 5.d), 5.e), 5.f), 5.g), 5.h), 5.i), 5.j), 5.k) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß Unterlagencheckliste Ziffern 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23. beizufügenden Unterlagen.
Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

6.1 Zustimmung zur Beratung und Information

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Informationszwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.

b) Einwilligung zur Informationsübermittlung der IB

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

per Post **telefonisch** **per E-Mail**

6.2 Hinweise zur Datennutzung

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/ DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)